

*Zu kurz gekommene Mächtgern-Kriegsprofiteure aus Ramstein-Miesenbach und Landstuhl fordern "Amis" zum Bleiben auf – RHEINPFALZ-Redakteurin Anke Herbert schwärmt von "historischem Moment"!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 104/07 – 14.05.07**

## **Geschäftsleute aus der Umgebung der US-Air Base Ramstein bejammern das Ausbleiben von US-Kundschaft**

Enttäuschte Einzelhändler, Gastronomen und Hoteliers aus Ramstein-Miesenbach und Landstuhl haben sich am 09.05.07 im Haus des Bürgers in Ramstein getroffen, um nach Ursachen für ihre rückläufigen Umsätze mit US-Amerikanern zu suchen. Über die Vorgeschichte dieser Zusammenkunft haben wir in unserer LP 100/07 berichtet.

Immer, wenn es um die US-Militärs in der Westpfalz geht, ist auch ihre Chefpropagandistin – die RHEINPFALZ-Redakteurin Anke Herbert – zur Stelle. Mit zwei Artikeln und einem Kommentar in der RHEINPFALZ vom 11.05.07 versucht sie mit marktschreierisch über-treibenden Schlagzeilen die wenig ergiebige Veranstaltung als flammende Solidaritäts-kundgebung für "ihre amerikanischen Freunde" zu verkaufen und jubelt: "Das Treffen war ein historischer Moment. Gewerbetreibende aus Ramstein und Landstuhl zeigen Flagge und starten mit Pro-Flugplatz-Aktion eine Initiative zugunsten der US-Präsenz. Wer gehört werden will, muss öffentlich für seine Sache eintreten und laut sagen: Amis, bleibt hier!"

Schon die Tatsache, dass nicht – wie sonst üblich – "unsere amerikanischen Freunde" sondern – geschäftsmäßig kühl – die "Amis" zum Bleiben aufgefordert werden, spricht Bände. Frau Herbert betont zwar, die "amerikanischen Menschen würden als Nachbarn geschätzt", aber eigentlich sollen die meist wenig kontaktfreudigen "Amis" doch nur mög-lichst viele Dollars bei einheimischen Auto- oder Hausvermietern und Maklern oder in Geschäften, Kneipen, Gasthäusern, Hotels und sonstigen Etablissements lassen. Die hier stationierten US-Amerikaner müssten also in Wirklichkeit aufgefordert werden: "Amis, kauft mehr Kuckucksuhren und Hummel-Figuren, schlägt euch die Bäuche mit Le-berknödeln und Schnitzeln voll, füllt euch mit Bier ab, bis ihr überlauft, und mietet euch wieder zahlreicher in die Häuser und Hotels der 'Local Nationals' ein, damit sich euer Hier-sein wenigstens für einige von ihnen auszahlt!"

Wer eine "Pro-Flugplatz-Aktion" startet, nimmt billigend in Kauf, dass über diese Hauptdreh-scheibe der US-Air Force ständig Truppen, Waffen und monatlich über 900 Tonnen Munition jeder Art zu allen Schlachtfeldern der völkerrechtswidrigen Angriffskriege der Bush-Administration geflogen werden. Wer die "Amis" ohne Wenn und Aber hier be-halten möchte, gesteht ihnen damit gleichzeitig zu, aus der Westpfalz ungestört andere Staaten überfallen und Tod und Verderben nach Afghanistan, in den Irak oder in andere Länder des Mittleren Ostens und Afrikas tragen zu dürfen. Wer nur an seinen Umsatz mit US-Amerikanern denkt, übersieht geflissentlich, dass diese täglich die Souveränität und die Verfassung der Bundesrepublik mit Füßen treten, weil nach Artikel 26 unseres Grundgesetzes Angriffshandlungen von unserem Boden aus verboten sind. Aus unserer Nazi-Vergangenheit sollten wir wenigstens gelernt haben, dass bei schmutzigen Geschäften mit Kriegsverbrechern am Ende immer draufgezahlt werden muss.

Nach Anke Herberts Berichten scheinen die 150 versammeltem Geschäftsleute die ein-hellige Meinung vertreten zu haben: Es ist uns egal, was die Amis hier und anderswo

treiben. Wir signalisieren ihnen unsere volle Unterstützung; Hauptsache sie lassen uns an ihren Angriffskriegen mitverdienen. Besonders schäbig wirkt in diesem Zusammenhang die Äußerung eines Vertreters des katholischen St.-Johannis-Krankenhauses in Landstuhl, "US-Patienten trügen mit zu einer guten Bettenauslastung bei". Während andere auf viele Dollars von gesunden "Amis" hoffen, kann dieses "christliche" Haus seine freien Betten nur deshalb mit kranken und leicht verwundeten US-Amerikanern belegen, weil in dem US-Hospital auf dem Landstuhler Kirchberg täglich schwerstverwundete GIs eintreffen, die vorrangig versorgt werden müssen. Nach der perfiden Logik des St.-Johannis-Vertreters muss das Kämpfen und Töten im Irak und in Afghanistan noch möglichst lange weitergehen, damit gut zahlende US-Privatpatienten sein Krankenhaus vor roten Zahlen bewahren. Dieses nackte Profitstreben, das ungerührt an den schlimmsten Kriegsgräueln mitverdienen will, wertet Frau Herbert dann auch noch als "historischen Moment".

Mit dem Bild einer Frau, die vor einem Supermarkt den Kofferraum eines Autos mit US-amerikanischem Kennzeichen mit Einkäufen belädt, wollte DIE RHEINPFALZ schon vor Jahren suggerieren, die potentiellen 47.000 US-Kunden trügen trotz ihrer gut sortierten und unschlagbar preiswerten PX-Läden und Commissaries neben über 200.000 einheimischen Käufern einen wesentlichen Anteil zu den Einzelhandelsumsätzen in der Region Kaiserslautern bei. Dabei macht z. B. Ralf Hechler, der Vorsitzende des Werberings Ramstein-Miesenbach und Mitorganisator des Ramsteiner Treffens, nach eigenen Angaben nur 3 bis 4 Prozent des Umsatzes in seinem Sportgeschäft mit US-Amerikanern.

Auch durch ständige Wiederholung wird die dümmliche Behauptung des Ramsteiner Bürgermeisters Klaus Laves, Bürgerinitiativen und Friedensfreunde hätten "die Amis" durch lautstarke Proteste verprellt, nicht glaubhafter. Die Aussage einer US-amerikanischen Geschäftsfrau aus Landstuhl, auch in den USA beschwerten sich Anwohner über Militärflugplätze und ihre "Amis" seien Kritik gewöhnt, hat sie endgültig ad absurdum geführt. Wenn Laves die US-Air Base Ramstein – mit ihren gerade noch 1799 Arbeitsplätzen für einheimische Zivilbeschäftigte – "die BASF der Westpfalz" nennt, darf er sich nicht wundern, wenn er als Gesprächspartner von niemand mehr ernst genommen wird. Sein Bürgermeisterkollege Klaus Grumer aus Landstuhl möchte "die Amis" behalten und gleichzeitig den Tourismus zum zweiten Standbein machen. Wir empfehlen ihm, anfragenden Interessenten einen unvergesslichen "Abenteuerurlaub" in der Nachbarschaft des größten Atomwaffenlagers außerhalb der USA zu versprechen und ihnen ein Sortiment Ohrstöpsel zukommen zu lassen, damit er wenigstens vor Regressansprüchen sicher ist, wenn tollkühne Erholungssuchende nach längstens drei Tagen völlig entnervt aus der am stärksten unter Fluglärmterror leidenden Region der Bundesrepublik wieder abreisen.

Wir haben wiederholt nachgewiesen, dass die Westpfalz nur ohne US-Militär eine vielversprechende wirtschaftliche Zukunft hat. Das müssen auch die 150 in Ramstein versammelten Geschäftsleute endlich einsehen. Warum sollen sich über 200.000 Einwohner der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern weiter terrorisieren lassen, damit 5 bis 10 Prozent von ihnen in irgend einer Form mehr schlecht als recht von den kriegslüsternden US-Militärs und ihrem Gefolge profitieren können? Die Mehrheit von über 90 Prozent, die unter der immer unerträglicher werdenden US-Militärpräsenz leidet, könnte auch auf die Idee kommen, Unternehmen, die für ihre US-amerikanische Kundschaft über Leichen gehen, einfach links liegen zu lassen, damit sie erkennen, dass auch sie vor allem auf einheimische Kunden angewiesen sind. Anke Herbert sollte nach gründlicher Lektüre unserer Website zur Kenntnis nehmen, dass die schärfsten Kritiker der Kriegspolitik Bushs, die nur noch 28 Prozent der US-Amerikaner billigen, ebenfalls US-Amerikaner sind.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**